

Demographische Entwicklung in der EU

Unsichere Prognosen

Langfristige Vorhersagen über die alternde Gesellschaft haben nach Ansicht von Experten nur begrenzten Aussagewert, und die Politik hat mehr Einfluss, als sie glauben macht.

Optimisten, wie der CDU-Europaabgeordnete Dr. med. Thomas Ulmer, sehen in der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung nicht nur ein Problem, sondern auch eine Herausforderung für die Gesellschaft. Diese besteht nach Ansicht des Allgemeinarztes vor allem darin, die Menschen möglichst lange gesund und arbeitsfähig zu erhalten. Der Staat und jeder Einzelne sollten vor allem in die Vorbeugung von Krankheiten investieren. „Auf diese Weise könnten zahlreiche Probleme der europäischen Volkswirtschaft zumindest gemindert werden“, meint Ulmer.

Den Forderungen des CDU-Politikers zugrunde liegen Langfristprognosen der EU-Kommission über den demographischen Wandel und die daraus resultierenden Probleme für das Wirtschaftswachstum in Europa und für die nationalen Sozialversicherungssysteme. Bis zum Jahr 2050 wird nach Schätzungen des europäischen Amtes für Statistik, Eurostat, die Generation der über 65-Jährigen um 58 Millionen Menschen wachsen. Das entspräche einem Plus von 77 Prozent gegenüber heute. Zum selben Zeitpunkt wird es den Hochrechnungen zufolge europaweit voraussichtlich knapp 48 Millionen (16 Prozent) Erwerbsfähige weniger geben. Zwei EU-Arbeitnehmer müssten folglich für einen Rentner aufkommen. Das Verhältnis beträgt derzeit noch vier zu eins.

Dies hätte nach Berechnungen der EU zur Folge, dass die altersbezogenen öffentlichen Ausgaben bei der gegenwärtigen Politik in den 25 EU-Ländern bis 2050 um insgesamt durchschnittlich vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) steigen werden. Verantwort-

lich gemacht wird hierfür vor allem der Anstieg der Rentenzahlungen sowie die Zunahme der Kosten für die Gesundheitsversorgung. Nach den Prognosen werden Letztere im EU-Durchschnitt etwa 1,5 Prozent des BIP betragen. Für den Anstieg der Ausgaben für die Langzeitpflege veranschlagen die Statistiker zusätzlich 0,5 bis ein Prozent des BIP.

Die Zahlen führen stets zu denselben Appellen der Brüsseler Beamten: Durchsetzung von Präventionsstrategien, eine

bessere Verknüpfung gesundheitlicher und sozialer Dienstleistungen, die Steigerung der Beschäftigungsraten und der Produktivität durch verstärkte Integration von Frauen und Senioren in den Arbeitsmarkt, eine effektivere Familienpolitik sowie die Reform der Renten-, Gesundheits- und Pflegesysteme. Die Replik der Vertreter der nationalen Regierungen klingt ähnlich. Erst vor kurzem bekräftigten die Wirtschaftsminister der 25 EU-Länder erneut ihren Willen, „Gegenmaßnahmen“ zu ergreifen, um die Herausforderungen der demographischen Entwicklung zu meistern und für mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu sorgen.

Doch der Prozess kommt nur schleppend in Gang, obwohl Experten, wie Dr. Gerd Bosbach von der Fachhochschule Koblenz, darauf hinweisen, dass die Politik auf Wanderungsgewinne und Geburtenzahlen Einfluss hat. „Zwei der drei Stellschrauben der Modellrechnungen sind von der Politik abhängig und nicht umgekehrt“, betont Bosbach. Aus diesem Grund haben Langfristvorhersagen für ihn auch nur begrenzten Aussagewert: „50-Jahres-Prognosen sind moderne Kaffeesatzleserei, da die Berechnungsprogramme nur existierende Trends fortschreiben, aber keine strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen aufgrund unvorhersehbarer Ereignisse vorhersagen können.“ Das Hauptproblem für das ungünstige Verhältnis zwischen Versorgern und zu Versorgenden ist für ihn weniger die Überalterung der Bevölkerung als die hohe Arbeitslosigkeit. „Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, muss die Arbeitslosigkeit abgebaut und in die Bildung der Kinder investiert werden“, so Bosbach.

Wie schwierig es ist, seriöse Langfristprognosen über die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Krankenversicherungen zu treffen, bestätigt eine europäische Studie. Namkee Ahn von der spanischen Stiftung für ökonomische Studien FEDEA, der im Rahmen eines von der EU geförderten Projektes den

Einfluss demographischer Effekte auf die Höhe der Gesundheitsausgaben untersucht hat, kommt zu dem Schluss, dass eine Reihe von Faktoren berücksichtigt werden muss, um einigermaßen genaue Aussagen treffen zu können. So könnten Schwankungen bei den Fertilitäts- und Mortalitätsraten, sich verändernde Preisstrukturen von Gesundheitsgütern oder auch sich wandelnde Präferenzen bei der Inanspruchnahme von Leistungen Einfluss auf das Altersprofil einer Gesellschaft und auf die Höhe der Gesundheitsausgaben haben. Diese Faktoren aber würden bei den gängigen Prognosen nicht berücksichtigt. Ahns Fazit: „Die Vorhersagen auf der Basis traditioneller Modellrechnungen sind für Aussagen über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen weitgehend unbrauchbar.“ **Petra Spielberg**



Foto: M. Tomaszak